

„Natürlich kommen wir über den Winter“

Der Soziologe Armin Nassehi über die Vorteile der Krise, den Wettlauf mit China und den Nutzen unserer Trägheit.

Herr Nassehi, werden wir als Gesellschaft die Energiekrise des nächsten Winters durchstehen?

Was würde es denn heißen, dass nicht durchzustehen? Natürlich werden wir über diesen Winter kommen, die Frage ist nur, zu welchen Kosten. Wenn der akute Handlungsdruck groß genug ist, dann funktionieren auf einmal ganz ungewöhnliche Dinge. Zum Jahreswechsel soll schon das erste schwimmende LNG-Terminal in Betrieb gehen, in Deutschland dauert so etwas sonst Jahre.

Sind Veränderungen immer nur in der Krise möglich?

Je komplexer ein System, desto mehr ist es auf die Gegenwart fixiert. Die Nachteile von Veränderungen spüren wir sofort, den Nutzen erst in der Zukunft, das gilt auch für Präventionsmaßnahmen, medizinische zum Beispiel. Auch Unternehmen verändern sich seltener, solange sie erfolgreich sind. Jetzt diskutieren man darüber, kürzer zu duschen oder weniger zu tanken. Aber liegt das an der Verantwortung fürs Ganze oder eher an den hohen Preisen? Mir ist es recht, wenn die Leute aus ökonomischen Gründen das Richtige tun und nicht aus ideologischen Gründen das Falsche.

Zieht bei Leuten, die nicht auf jeden Euro schauen müssen, eher die Verantwortung fürs Ganze?

Fragen Sie mich etwas Leichteres. Motive lassen sich schwer erforschen, am wenigsten, indem man die Leute danach fragt. Im Normalfall tun sie das Gewohnte. Dass die Abhängigkeit von einem einzigen Energielieferanten riskant ist, wissen wir spätestens seit der Krimkrise 2014. Aber es hat ja immer funktioniert. Diese Trägheiten muss man ernst nehmen. Sagt den Leuten, was zu tun ist, dann werden sie es schon tun: So einfach ist es nicht.

Umfragen zum Thema Verzicht taugen also nicht viel?

In Umfragen sind alle Männer große Feministen, im Verhalten weniger. Vielleicht haben die Konservativen doch recht, wenn sie sich den Menschen als eher schwach vorstellen. Früher waren es die Linken, die den neuen Menschen stark gemacht haben. Heute sagen die Liberalen: Wir brauchen keine Regeln, die Leute machen das von selbst. Man könnte ja mal den Test machen: Es soll doch jeder so viele Steuern zahlen, wie er mag. Das wird nicht funktionieren.

Hat diese Trägheit auch Vorteile – dass die Leute trotz der vielen Krisen seit 2008 einfach weitergemacht haben?

Nicht auf jeden Umweltreiz zu reagieren ist in der Tat ein Überlebensprinzip komplexer Systeme. Diese Stabilität hängt aber davon ab, dass viele Dinge ungeplant zusammenpassen. Wenn sich kleinste

Parameter ändern, kann das unerwartete und unberechenbare Wirkungen haben.

Bei Corona hat sich das gezeigt, als auf einmal die Lieferketten nicht mehr funktionierten. Viele hätten nie gedacht, dass das in unserer komplexen Ökonomie passieren kann.

Das ist doch gerade der Ausdruck von Komplexität: dass ich abhängig bin von Akteuren, die ich nicht kontrollieren kann. Aber diese Nicht-Kontrolle ist zugleich der entscheidende Faktor für Veränderungsmöglichkeiten.

Früher haben Sozialwissenschaftler das reibungslose Schnurren der komplexen Gesellschaft bewundert. Jetzt fährt der ICE nicht ab, weil der Lokführer fehlt. Bricht da etwas zusammen?

Es ordnet sich neu. In einer solchen Phase kann man viel darüber lernen, wie eine Gesellschaft funktioniert. In gewöhnlichen Zeiten machen wir uns gar nicht bewusst, wie voraussetzungsvoll und unwahrscheinlich das ist. Es geht um das Synchronisieren asynchroner Prozesse, ohne dass es dafür ein Planungszentrum gibt: Wie kann es zum Beispiel sein, dass ich mir ein Taxi leisten kann und der Fahrer trotzdem davon leben kann?

Wird es den lustvoll herbeigeredeten Volksaufstand geben?

Die Frage ist: Wem wird die Krise zugerechnet? Interessierte Kreise suchen die Schuld nicht bei Putins Krieg, sondern bei der Bundesregierung und ihrer Sanktionspolitik.

Die Regierung wollte nicht ihrerseits die Gaslieferungen stoppen, damit ihr die Krise nicht zugerechnet wird. Jetzt passiert es trotzdem.

Die Regierung hat mit dieser Strategie vor allem Zeit gewonnen. Stellen Sie sich vor, der Lieferstopp wäre im März gekommen! Dann hätten wir jetzt nicht 85 Prozent Speicherstand. Ich gebe zu: Am Anfang habe auch ich einen Aufruf unterschrieben, dass wir den Gaseinkauf aus Russland sofort stoppen sollten. Ich bin froh, dass die Regierung mir nicht gefolgt ist.

Braucht es vom Bundeskanzler eine Schweiß- und Tränen-Rede nach dem Vorbild Churchills?

Churchill hielt diese Rede ja nicht wegen steigender Gaspreise, sondern weil Bomben auf britische Städte fielen. Im Grunde ist der Krieg die einzige Situation, in der Gesellschaften mit einer Stimme sprechen können. Dem deutschen Kanzler ist das mit seiner beeindruckenden Zeitenwende-Rede nur kurz gelungen, in einer komplexen Demokratie werden die Dinge sofort wieder kleingehäckselt. Und wir befinden uns glücklicherweise nicht im Krieg.

Solange Putin nicht direkt in Deutschland einmarschiert, bringen Solidaritätsappelle wenig?

Das hängt davon ab. Ein Staatsbeamter wie ich tut sich mit Solidarität leichter als jemand, der in einer energieintensiven Branche arbeitet. Bislang habe ich von einer gemeinschaftlichen Sparanstrengung wenig bemerkt, wenn ich mir etwa die Schlangen an den Flughäfen anschau. Nun gut, Flugzeuge verbrennen kein Gas.

Ein Gas-Spar-Urlaub auf den Kanaren wäre im nächsten Winter doch eine patriotische Tat!

Wenn eine Partei das vorschlägt und auch noch die Flugtickets bezahlt, bekommt sie wahrscheinlich die absolute Mehrheit! Aber im Ernst: Bei aller Solidarität muss

der Alltag funktionieren, und das ist nicht der Fall, wenn Leute mit geringem Einkommen ihre Nebenkosten nicht mehr bezahlen können.

Es kostet doch nichts, die Heizung herunterzudrehen – im Gegenteil?

Trotzdem macht es einen großen Unterschied, ob ich es aus Sparzwang mache oder aus Verantwortungsgefühl. Das ist eine heikle Kommunikation. Der Wirtschaftsminister kann nicht einfach sagen: In den vergangenen Jahren wurde sowieso viel zu viel geheizt. Obwohl es wahrscheinlich stimmt.

Die Energiepreise müssen steigen, damit die Leute weniger verbrauchen. Andererseits sollen sie sinken, damit das Heizen erschwinglich bleibt.

Dieser Zielkonflikt ist nicht neu. Seit Ewigkeiten wird gesagt, das Autofahren müsse teurer werden. Wenn aber die Benzinpreise steigen, muss die soziale Unwucht ausgeglichen werden, und schon ist der Effekt neutralisiert. Das ist Komplexität: Jede Lösung löst gleichzeitig unterschiedliche Reaktionen und Folgen aus. Die Idee eines Preisdrecks nur für den Basisverbrauch kann das vielleicht lösen. Das schafft eine soziale Komponente, ohne einen höheren Verbrauch allzu sehr anzureizen.

In der Energiekrise stehen die Gefahren durch Russlands Krieg gegen die Gefahren durch Gasmangel. Wie wägt eine Gesellschaft solche Risiken ab?

Risiko und Gefahr sind nicht dasselbe. Beim Risiko treffe ich eine abwägende

Armin Nassehi, 62, lehrt Soziologie an der Universität München.
Foto Andreas Pein

Entscheidung, der Gefahr bin ich ausgeliefert. Für die Regierung ist die Gaskrise ein Risiko, sie wägt mit ihrem Entlastungspaket ab zwischen Belastungen für den Staatshaushalt und drohender Unzufriedenheit im Land und wird damit zurechnungsfähig. Für die Bevölkerung ist sie eine Gefahr.

Gibt es im protestantisch geprägten Deutschland sogar so etwas wie eine Lust am Verzicht?

Bei manchen Engagierten gibt es die Haltung: Eine Veränderung muss wehtun. Womöglich ist der Begriff des Verzichts aber gar nicht korrekt. Ist es wirklich ein Verzicht, wenn ich nicht mehr mit dem Auto in die verstopfte Innenstadt fahre? Die grundlegenden Veränderungen werden wir nicht durch individuellen Verzicht erreichen. Sondern durch ästhetisch angemessene Lösungen, die im Alltag plausibel erscheinen. Nehmen Sie ein Beispiel: Das Auto wird in München evolutionär zurückgedrängt, die Fahrradwege werden langsam breiter, die Autosparkplätze schmaler. Das ist sozusagen die katholische Lösung, bei der man sich nicht ein für alle Mal entscheidet, sondern sich an sie gewöhnt.

Eingangs sagten Sie doch, für Veränderungen braucht es einen Schock?

Nachhaltige Veränderungen vollziehen sich immer nur evolutionär. Dass wir heute über Migrations- und Genderfragen so emotional diskutieren, das ist doch schon das Ergebnis einer längerfristigen Veränderung. Das Ausmaß der Kritik gibt paradoxerweise einen Hinweis darauf, dass das Problem sich löst.

Kurz danach gelten Reformen meist als gescheitert. Erst mit Abstand merkt man, was gelungen ist.

Das ist die Quelle dessen, was ich als das Unbehagen einer überforderten Gesellschaft bezeichne. Es bleiben immer Lücken, keine Lösung ist perfekt. In der Demokratie ist das schon eine ganze Menge. Diktaturen brauchen Lösungen, die man zumindest als perfekt ausgeben kann.

Die klassische Modernisierungstheorie hat gesagt: Am Ende gewinnen die offenen Gesellschaften, weil sie anpassungsfähiger sind. Gilt das noch?

Ich bin überzeugt, dass die komplexen Herausforderungen der heutigen Zeit nur mit Ergebnisoffenheit zu bewältigen sind, vor allem in Ökonomie und Wissenschaft. Russland hat eine unkreative Ökonomie, die allein auf dem Verkauf von Bodenschätzen beruht, das ist kein Erfolgsmodell. China baut dagegen Elemente von Ergebnisoffenheit zumindest in die ökonomische und wissenschaftliche Dynamik ein, lässt die Politik aber außen vor. Das kann mittelfristig funktionieren, langfristig habe ich meine Zweifel. Ich finde, wir im Westen haben zu wenig Selbstbewusstsein mit Blick auf unsere Fähigkeit, immer wieder auf neue Lösungen zu kommen.

Gibt es Hoffnung, dass die autoritäre chinesische Corona-Politik am Ende doch gescheitert ist?

Am Anfang waren viele beeindruckt, wie China durchregiert hat. Leider haben sie das aber beibehalten. Gerade an Corona sieht man, dass zentralistische Planung das Gegenteil des Erwünschten hervorbringt. Auch hier spricht vieles für einen pluralistischen und ergebnisoffenen Umgang mit Komplexität. Vollständige Kontrolle ist unmöglich.

Das Gespräch führte Ralph Bollmann.

